

Fraktion macht weiter

Thüringen: BSW-Abgeordnete stimmen für Verbleib in der Regierung

Von Philip Tassev

Man könne nicht »einfach darüber hinweggehen, wenn ein Ministerpräsident bei seiner Doktorarbeit nachweislich betrogen hat«: Der BSW-Bundesvorsitzende Fabio De Masi forderte am Montag im *ZDF-»Morgenmagazin«* seine Thüringer Parteikollegen abermals auf, dem Ministerpräsidenten des Bundeslandes, Mario Voigt (CDU), die Unterstützung zu entziehen. Das BSW ist mit drei Ministern in der Regierung in Erfurt vertreten. Diese Beteiligung an einer Koalition mit CDU und SPD wird von der BSW-Führung auf Bundesebene sehr kritisch gesehen – erst recht, seit die TU Chemnitz Voigt im Januar nach Plagiatvorwürfen den Dokortitel entzogen hatte. Das BSW werde sich »nicht zum Mehrheitsbeschaffer eines Manns machen, der seine persönlichen Interessen über das Wohl des Landes stellt«, heißt es in einem Beschluss des Parteivorstandes.

Dennoch stimmten die Abgeordneten bei einer Sitzung der Thüringer BSW-Fraktion am Montag »einstimmig« für einen Verbleib in der Landesregierung. Zwei der 15 BSW-Abgeordneten waren der Abstimmung allerdings ferngeblieben. Mit dieser Entscheidung gehe die Fraktion »konsequent den Thüringer Weg weiter für Stabilität, für Frieden, für soziale Gerechtigkeit und Vernunft hier für die Menschen in Thüringen«, erklärte die Fraktionsvorsitzende Sigrid Hupach.

Die Thüringer BSW-Vorsitzende und Finanzministerin Katja Wolf sagte, die Partei sei gegründet worden, um Dinge zu verändern, auch als Teil einer Regierung. Sie sei überzeugt, dass das Thüringer BSW diese Gründungsidee konsequent verfolgen, weshalb sie auch »überhaupt keinen Grund« sehe, die Partei zu verlassen.

BSW-Gründerin und Namensgeberin Sahra Wagenknecht hatte am Montag bereits vor dem Fraktionsvotum einen Sonderparteitag des Landesverbandes ins Gespräch gebracht. Das Bundesland brauche »einen glaubwürdigen überparteilichen Regierungschef, der die Brandmauer beendet und mit wechselnden Mehrheiten regiert«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528127.konflikt-um-regierungsbeteiligung-fraktion-macht-weiter.html>